

Gemeinderat der Freiheitlichen der Marktgemeinde Guntramsdorf

An den Bürgermeister

Der Marktgemeinde Guntramsdorf

Guntramsdorf, am 25.06.2014

## **Dringlichkeitsantrag gem. § 46 Abs. 3 der NÖ Gemeindeordnung**

Betreffend: **„Nein zum Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP)“**

Die Gemeinderatsfraktion der FPÖ Guntramsdorf ersucht um Ergänzung der Tagesordnung der Gemeinderatssitzung. Die Dringlichkeit ergibt sich aus der Aktualität der Diskussion.

### **Sachverhalt:**

Derzeit wird das umstrittene Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA, kurz TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) verhandelt, das in Bälde, den Startschuss für den mit 800 Millionen Verbrauchern weltgrößten Binnenmarkt bilden soll. Seit etwa einem Jahr wird hinter verschlossenen Türen verhandelt. Erst Ende Februar sickerten Informationen durch, nachdem eine deutsche Wochenzeitung den Entwurf zugespielt bekam und veröffentlichte. Dabei wurden u.a. folgende Punkte offensichtlich:

### ***Vorteile und Sonderrechte in erster Linie für multinationalen Groß-Konzerne:***

So genannte nicht-tarifären Hemmnisse sollen abgebaut werden. Das Ziel: Eine Harmonisierung verschiedener Regeln; beim Verbraucherschutz, bei Produktkontrollen, bei Lebensmittel- und Umweltstandards, aber auch bei Finanzdienstleistungen, Urheber- und Datenschutzregelungen oder beruflichen Qualifikationen. Damit könnten wichtige Schutznormen in Europa wegfallen oder zumindest aufgeweicht werden.

### ***Unser Verbraucherschutz und die Umweltstandards sind in Gefahr:***

Auch wenn von Seiten der EU abgestritten wird, dass US-amerikanisches Hormonfleisch, Chlorhühner oder Genmais auf unseren Tellern landen könnten – Tatsache ist: Die Agrarwirtschaft der USA ist um ein vielfaches extensiver als in Europa. Und die Tierhaltung in Europa unterliegt weitaus schärferen Normen als in den USA. Die Vereinigten Staaten haben weder das Kyoto-Abkommen, noch das UN-Übereinkommen über die biologische Vielfalt unterzeichnet.

### ***In Österreich droht weiteres Sozialdumping:***

Weil TTIP die Öffnung der öffentlichen Auftragsvergabe für Privatunternehmen vorsieht, droht in den EU-Mitgliedstaaten ein weiteres Sozialdumping: Theoretisch könnte sich z.B. ein texanisches Unternehmen auf eine Ausschreibung einer niederösterreichischen Gemeinde

melden. Privatisierungen öffentlicher Aufgabenbereiche, z.B. der Wasserversorgung, könnten forciert werden.

***Österreich wird durch internationale Konzerne und Hedgefonds erpressbar:***

Besonders schwer wiegt der sogenannte Investitionsschutz, kurz ISDS (investor-to-state dispute settlement). Demzufolge erhalten US-Investoren spezielle Klagerechte gegenüber der EU und deren Mitgliedsstaaten. Ein privater Investor kann dabei gegen den Gaststaat, in dem er seine Investition tätigt klagen. So z.B. auf Kompensation für vermeintlich unfaire Behandlungen, welche dem klagenden Konzern Nachteile einbringen. Ein solches Verfahren läuft unter vollständigem Ausschluss der Öffentlichkeit ab. Das Urteil kann nicht angefochten werden.

International nutzen Konzerne diese Klagemöglichkeit immer häufiger, um gegen gesetzliche Bestimmungen vorzugehen, durch die sie ihre Profite gefährdet sehen. So verklagte beispielsweise die griechische Marfin-Investmentgruppe, die bei der verstaatlichten zypriotischen Pleite-Bank Laiki große Anteile erworben hatte, die dortige Regierung - wegen entgangener Gewinne. Und in der Bundesrepublik verklagt der schwedische Stromriese Vattenfall derzeit die Regierung wegen der mit dem Atomausstieg verbundenen wirtschaftlichen Nachteile. Es geht dabei um etwa vier Milliarden Euro.

Es ist also bereits schon heute so, dass internationale Globalplayer, Staaten auf hohe Summen verklagen. Einer Studie der konzernkritischen Organisation "Corporate Europe Observatory" zufolge sind Investor-Staat-Klagen inzwischen ein lukratives Geschäft.

**Dringlichkeitsantrag:**

***Der Gemeinderat möge beschließen:***

Der Gemeinderat von Guntramsdorf spricht sich gegen das geplante Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) aus und erlässt daher folgende Resolution:

Der Bundeskanzler der Republik Österreich, Werner Faymann, sowie die Verantwortlichen des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft werden aufgefordert, dem Transatlantischen Freihandelsabkommen solange die Zustimmung zu verweigern, bis klargestellt ist dass:

1. Die Bürger der EU-Mitgliedstaaten umfassend über den Stand und Inhalt der Verhandlungen informiert sind.
2. Die österreichischen Konsumentenschutzbestimmungen und Umweltstandards nicht zu Gunsten ausländischer Konzerninteressen ausgehebelt werden.
3. Der Schutz der österreichischen Arbeitnehmerrechte, sowie die hohen nationalen Ausbildungsstandards gewahrt bleiben.
4. Investor-Staat-Klagen (Investor-to-state dispute settlement) ausdrücklich kein Teil des Freihandelsabkommens sind.